

# Neues aus Niedersachsen - Unser Newsletter aus Hannover für die Region



**CDU**  
Fraktion  
Niedersachsen

## Editorial

Liebe Freundinnen und Freunde,

der goldene Oktober läuft. Damit es auch in Niedersachsen gut läuft, haben wir in den zurückliegenden Tagen wieder unsere Ideen in den Landtag eingebracht und unsere Positionen klargemacht. Leider sind wir damit die einzige Fraktion im Landtag, denn auch das Oktober-Plenum wurde – mangels Themen und Gesetzesentwürfen – auf zwei Tage gekürzt. Diese Entwicklung zeigt uns einmal mehr, dass Ministerpräsident Weil mit seinem Kabinett nicht den Mut und die Kraft hat, um die wirklichen Themen im Land anzupacken.

Als einzige konstruktive Oppositionsfraktion im Landtag beeinflusst die Arbeitsverweigerung der Landesregierung unsere Arbeit jedoch kaum. Wir halten an unseren Zielen fest und bringen jedes Plenum aufs neue Anträge ein. Dass ein besseres Niedersachsen für alle Bürgerinnen und Bürger machbar ist, wird immer deutlicher. Umso wichtiger ist es, dass wir als CDU-Kurs halten und gemeinsam weitermachen. Im Landtag und vor Ort im Wahlkreis gelingt es uns aktuell sehr gut. Damit auch Sie und Ihr informiert bleibt, wünschen wir viel Spaß beim Lesen unseres aktuellen Newsletters und freuen uns wie immer auf Ihr Feedback.

Freundliche Grüße



## Landtagsabgeordnete im Austausch mit Elternvertretern

Der Alltag im Kindergarten hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Das machten Bürgermeisterin Suse Laue, Frau Huchtman-Schmedes,

Kita-Leitung, Frau Ina Heits, Elternvertretung, Frau Prößler, Fachleitung Bildung und Generation, Stadt Syke in einem Gespräch mit den beiden Landtagsabgeordneten Volker Meyer und Christian Fühner erneut deutlich. Die Eltern der Kinder sind häufig beide berufstätig und die Rahmenbedingungen in den Kitas haben sich in den letzten 10 geändert, sind auch häufig wegen Personalmangel nicht umsetzbar. Sehnlichster Wunsch der Eltern: Hilfe von der Politik, in diesem Fall vom Land. Die Kommunen können nicht mehr leisten. Die Ausbildung der Kita-Mitarbeiter sollte reformiert werden. Es sollte nur eine Ausbildung geben und nicht zwei aufeinander folgende. Außerdem meinten die Gesprächspartner unison, dass die Ausbildung vergütet werden sollte. Frau Heits fragte dann ganz konkret: Braucht man für die Randzeiten zwei hochqualifizierte Kräfte? Zu den Zeiten werden die Kinder gebracht oder wieder abgeholt, da braucht man keine pädagogische Fachbetreuung. Bei dieser Frage stimmen die Bürgermeisterin und Frau Huchtman-Schmedes zu. Dazu meinte Christian Fühner, MdL, Sprecher des Arbeitskreises Kultus in der CDU-Landtagsfraktion, dass es möglich sein muss, dass die Leitungen Befugnisse besitzen, um die Randzeiten ausreichend auch zu besetzen, sodass sie keine Genehmigung des Landesjugendamtes einholen müssen. Dann muss die Vertreterregelung so geregelt



werden, dass die Entscheidung bei den Trägern oder Leitungen liegt. Die Vergütung in der Ausbildung, ist leider nicht umgesetzt worden, wie es vorher vereinbart worden ist. Nur für Quereinsteiger gibt es eine Vergütung, nicht für die 18-jährigen Schüler, die nach der Schulausbildung diesen Beruf erlernen möchte. Irgendwann soll die vollzeitschulische Ausbildung vergütet werden, aber die Beratungen hierzu dauern bedauerlicherweise noch an. Die duale Ausbildung ist ein erklärter Wunsch der Politik, aber die Umstellung wird dauern und wird sicherlich nicht ganz einfach, wie Volker Meyer MdL betonte. Aus Sicht der Kita-Leitung wünschte man sich, dass die Ausbildung inhaltlich angepasst wird. Es muss komprimiert werden, denn die Vorgaben der Schule sind veraltet und müssen moderner werden. Die Lehrpläne sind starr und nicht mehr aktuell. Außerdem sollten die Informationen vom Land schneller an die Einrichtungen weitergeleitet werden, z.B. wie bei den sogenannten Quickkräften. Da wusste bis Juni noch niemand, ob diese ab August weiter gefördert werden. Wie soll da eine vernünftige Personalplanung möglich sein. Da hätte man vom Landesseite auch sagen können, die Kräfte werden weiter finanziert. Wie - das berichten wir später. Die Betroffenen berichteten auch, dass die Ferienbetreuung nicht immer gut angenommen wird. Manchmal kümmern sich zwei qualifizierte Kräfte um zwei Kinder.



## Was uns umtreibt!

### „Niedersachsen ist Autoland“

Am Nachmittag des ersten Plenartages durfte Marcel Scharrelmann einen Erschließungsantrag zur Zukunft der Automobilwirtschaft in Niedersachsen einbringen und ein klares Bekenntnis zur Automobil- und Zulieferindustrie in Niedersachsen abgeben.

Im Rahmen der ersten Beratung – also der Einbringung in den Landtag – konnte Scharrelmann die Bedeutung der Industrie mit ihren 340.000 Beschäftigten hervorheben und aufzeigen, warum das Land in Zukunft stärker tätig werden muss. Der Erarbeitung des Antrages, die Marcel Scharrelmann federführend angeschoben hatte, waren in den vergangenen Monaten zahlreiche Gespräche mit unterschiedlichen Stakeholdern vorausgegangen, um die Bedürfnisse der Branche und der Mitarbeiter vertiefend zu verstehen und die richtigen politischen Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft geben zu können. Herausgekommen ist ein konkretes Maßnahmenpaket, welches neben einem stärkeren Be-

kenntnis zu den niedersächsischen Standorten beispielsweise auch die Einrichtung eines Lehrstuhles für Automobilwirtschaft vorsieht und somit die Möglichkeit bietet, die Gestaltung der Zukunft durch Forschung in Niedersachsen aktiv mitzugestalten.

„Die Automobilbranche ist von überragender Wichtigkeit für Niedersachsen. Nicht nur die Automobilhersteller, sondern vor allem auch die Zulieferer und der Mittelstand profitieren von starken Industriebetrieben, die Wertschöpfung generieren. Damit die Automobilwirtschaft in Niedersachsen auch in Zukunft ganz vorne mitspielt, müssen jetzt mutige Wege beschritten werden, die den Bau moderner, klimafreundlicher und bezahlbarer Automobile „Made in Niedersachsen“ ermöglichen,“ erklärt Marcel Scharrelmann. Doch neben den eigenen Initiativen der Landesregierung nahm Scharrelmann auch bundespolitische Entscheidungen in den Blick. So soll die Landesregierung sich im Bundesrat zeitnah für



einen rechtssicheren Rahmen auszusprechen, um autonomes Fahren in der ganzen Republik zu ermöglichen. Ebenso sprach Scharrelmann eine weitere Initiative zur Förderung von privaten Wallboxen an, die bundesweit ausgerollt werden solle.

Als nächster Schritt wird der Antrag der CDU-Fraktion in den kommenden Monaten im Wirtschaftsausschuss diskutiert werden, bevor er zur abschließenden Beratung erneut im Plenum zur Aussprache kommt.

### Vorstoß von Minister Lies zu Tempo 80 für die CDU-Landtagsfraktion unverständlich

Marcel Scharrelmann MdL, verkehrspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, bezieht sich auf die Vorschläge von Innenminister Lies zur möglichen Einführung eines allgemeinen Tempolimits von 80 km/h auf deutschen Autobahnen. In seiner Aussage äußert er einige Bedenken und Kritikpunkte:

Es gibt Meinungsverschiedenheiten der Verkehrsexperten der Länder. Er argumentiert, dass Verkehrsexperten unterschiedlicher Meinung darüber sind, ob ein allgemeines Tempolimit von 80 km/h tatsächlich die Verkehrssicherheit erhöhen würde. Dies weist auf die Debatte hin, ob niedrigere Geschwindigkeiten zu weniger Unfällen führen.

Bei bereits bestehenden Geschwindigkeitsbeschränkungen weist der

verkehrspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion darauf hin, dass es in Deutschland bereits Geschwindigkeitsbegrenzungen an Unfall- und Gefahrenschwerpunkten gibt, die oft bei 70 km/h oder niedriger liegen. Dies könnte die Frage aufwerfen, ob zusätzliche Tempolimits notwendig sind. Scharrelmann befürchtet Auswirkungen auf die Verkehrssteuerung. Er argumentiert, dass nicht selbsterklärende Tempolimits die Verkehrssteuerung erschweren und sich negativ auf den Straßenverkehr und die Wirtschaft auswirken könnten. Dies könnte bedeuten, dass es Unsicherheiten oder Missverständnisse über die geltenden Geschwindigkeitsbegrenzungen gibt. Im Gespräch ist dabei auch eine Erhöhung der Höchstgeschwindigkeit für schwere Lastwagen: Scharrelmann

bemängelt auch hier die geplante Erhöhung der Höchstgeschwindigkeit für schwere Lastwagen von 60 km/h auf 80 km/h. Er sieht keinen ersichtlichen Grund für diese Änderung. Skepsis gegenüber den Absichten des Verkehrsministers: Er schließt seine Aussage mit der Bemerkung ab, dass er nicht versteht, welche Absichten Minister Lies mit dieser Forderung verfolgt, und stellt die Motive hinter der Initiative in Frage. Diese Aussage verdeutlicht, dass es in Deutschland weiterhin kontroverse Diskussionen über die Einführung eines allgemeinen Tempolimits auf Autobahnen gibt und dass verschiedene politische und wirtschaftliche Aspekte dabei eine Rolle spielen.



## Bericht aus dem Landtag

### **Hermann und Seebeck: Gastronomiebranche stärken – 7 Prozent Mehrwertsteuer erhalten**

„Die Gastronomie spielt im Tourismusland Niedersachsen eine zentrale Rolle – sowohl in Ballungsräumen als auch im ländlichen Raum. Eine Rücknahme der ermäßigten Mehrwertsteuer von 7 auf dann wieder 19 Prozent auf Speisen wäre ein herber Rückschlag für die Gastronomiebranche. Allein durch die Corona-Pandemie und die Energiekrise mussten bereits 3.000 Betriebe in Niedersachsen schließen. Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga) rechnet damit, dass bei einer Anhebung des Mehrwertsteuersatzes noch 1.000 weitere Unternehmen dichtmachen müssten“, sagt die Parlamentarische Geschäftsführerin der CDU-Landtagsfraktion Carina Hermann.



„Die Gastronomiebetriebe brauchen auch in den kommenden Jahren Planungssicherheit, um Jobs zu erhalten, möglicherweise sogar wieder neue zu schaffen und das Tourismusland Niedersachsen zu stärken. Die Aussage des Finanzministers, eine Verlängerung der 7-Prozent-Regel würde das Land allein im kommenden Jahr 155 Millionen Euro kosten, ist hingegen nicht haltbar, denn wenn Unternehmen ganz aufgeben, zahlen sie überhaupt keine Steuern mehr“, ergänzt der Landtagsabgeord-

nete und Gastronom Claus Seebeck. „Die CDU-Landtagsfraktion fordert deshalb die Landesregierung auf, unverzüglich eine Bundesratsinitiative zu initiieren mit der Forderung an den Bund, den ermäßigten Umsatzsteuersatz auch über das Jahr 2023 hinaus fortzusetzen und sicherzustellen, dass dies vom Bund finanziert wird. Nur so ist auch künftig eine vielfältige Gastronomielandschaft in Niedersachsen machbar“, so Hermann abschließend.



### **Führer: Wir wollen den Ganztagsausbau voranbringen, verbindlich regeln und die Finanzierung sicherstellen**

„Der Ganztagsausbau ist zweifelsfrei eine Herausforderung höchster gesellschaftlicher Bedeutung, aber der Rechtsanspruch und der weitere Ausbau ist richtig. Viele Schulen sind mit den Ganztagsangeboten bereits erfolgreich, besonders wegen der Leistung und dem Engagement der Lehrerinnen und Lehrer sowie dem der Pädagoginnen und Pädagogen. Das Engagement geht häufig über das normale Maß hinaus“, so der bildungspolitische

Sprecher der CDU-Fraktion Christian Führer bei der abschließenden Beratung des CDU-Antrags, die Ganztagsbetreuung verbindlich zu regeln. Die Landesregierung mache aber nicht genug, um den Ganztagsausbau voranzubringen und vernachlässigte wichtige Aspekte. Nach Ansicht der CDU-Fraktion sollten unterschiedliche Themen beim Ganztagsausbau in den Fokus rücken: Bewegung, gesunde Ernährung, Wertevermittlung, soziale Kompetenzen, Förderung individueller Fähigkeiten, aber auch politische Bildung und der Umgang mit sozialen Netzwerken. „Derzeit fehlt es aber an Zuversicht in der Bildungspolitik. Und diese soll

unser Antrag geben. Zuversicht, dass der Ganztagsausbau gelingt, dass wir Bildung dadurch verbessern und insgesamt eine bessere Bildungspolitik in Niedersachsen machbar ist“, so Führer. „Der Ganztagsausbau ist eine echte Chance zur Veränderung, wenn wir ihn mit Mut in einem Kraftakt umsetzen. Er bietet die Chance für ein modernes Bildungssystem, wo die gute Entwicklung und die individuelle Förderung der Kinder und Jugendlichen im Fokus stehen müssen. Nutzen wir diese Chance“, so der Bildungsexperte.



# Unser Monat in Bildern



Besuch der Tafel in Syke



Herbstmarkt in Rehden



Besuch Landvolk Syke



Jugendwerkstatt Weyhe



Gespräch HVB mit MdL im Landtag



Wirtschaftspolitische Sprecher zu Gast in der Autostadt



Kommunalkongress Wärmeplanung



Gespräch Apotheker



Eröffnung Bürgerradweg Düversbruch

